

# Goppel: „Das Studium wird künftig vollkommen anders aussehen als bisher!“

**Alles, was in Bayerns Politik Rang und Namen hat, war beim bildungspolitischen Forum der AGV in München als Gesprächspartner aufgeboden**

*Von Sebastian Sasse und Hermann-J. Großimlinghaus*

**Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, dazu der Wissenschafts- und der Kultusminister, Dr. Thomas Goppel und Siegfried Schneider, Landtagspräsident Alois Glück, der CSU-Landtagsfraktionsvorsitzende Joachim Herrmann sowie aus der Wirtschaft der Allianz-Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Henning Schulte-Noelle und der Organisator der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik Prof. Dr. Horst Teltschik waren der Einladung der Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentverbände (AGV) zu einem Seminar vom 22. bis 24. April in der bayerischen Landeshauptstadt gefolgt. Dabei ging es in erster Linie darum, die bisherige Umsetzung des Bologna-Prozesses in Bayern nachzuzeichnen und erste Schlussfolgerungen zu ziehen.**

„Der Mensch steht im Mittelpunkt, nicht der Staat“. Edmund Stoiber (CV), bekannte sich im Gespräch mit den Vertretern der AGV klar zum christlichen Menschenbild als Maßstab für seine Politik. Er machte deutlich, welche Hoffnungen er vor dem Hintergrund der aktuellen Bahn brechenden Reform des deutschen Hochschulwesens gerade auf die katholischen Korporationsverbände setzt: „Der hohe Lebensstandard Deutschlands kann nur gehalten werden, wenn unser Volk gut ausgebildet ist. Spitzenkräfte sind für unseren ökonomischen Erfolg unverzichtbar.“ Dieser Aufgabe müssten sich die deutschen Studenten stellen. Stoiber verschwieg nicht, dass seiner Ansicht nach die katholischen Studentenverbände hier eine wichtige Rolle übernehmen könnten. „Wir haben eine Zukunftsangst im Lande, die ist schon gravierend“, erklärte der Ministerpräsident. Es ginge aber gerade darum, nicht ängstlich beiseite zu stehen, sondern aktiv die Reform der deutschen Gesellschaft mit zu gestalten. Hier erweise sich die feste Verwurzelung der katholischen



Ministerpräsident Stoiber mit den Teilnehmern des Seminars. Links außen: Wissenschaftsminister Thomas Goppel.

Studentenverbände im christlichen Glauben als klarer Vorteil, denn diese wüssten: „Die Freiheit des Individuums steht über allem.“ Die Politik müsse den Menschen den Spielraum eröffnen, in dem sie ihre Freiheit gestalten können. So appellierte Stoiber an die Studenten: „Seien Sie optimistisch und haben Sie Mut. Lassen Sie sich nicht von denen beeindrucken, die immer alles schlecht reden. Hätten frühere Generationen die gleiche Anspruchshaltung gehabt, die heute vielfach vorherrscht, wären viele Menschen gar nicht geboren worden.“

## **Goppel: Aus Bologna das Beste machen**

Der bayerische Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel (KV), den Stoiber zu dem Gespräch dazu gebeten hatte, stellte fest: „Der Bologna-Zug rollt!“ Ob es uns nun passe oder nicht; jetzt gelte es mitzufahren und eine möglichst gute Umsetzung anzustreben. Die neuen Bachelor- und Master-Abschlüsse würden dafür sorgen, dass das Studium künftig vollkommen anders aussehen werde als bisher. „Es muss allerdings auch sichergestellt sein, dass die neuen Inhalte wirklich an den Hochschulen gelehrt werden. Der Bachelor darf nicht nur eine neuer Name für das alte Vordiplom sein, er muss auf den Beruf vorbereiten und von der Wirtschaft als berufsqualifizierend anerkannt werden“, so Goppel. Qualität müsse bei der Einfüh-

rung der neuen Studiengänge oberster Gesichtspunkt sein.

Der Bologna-Prozess bringe auf dem gesamteuropäischen Arbeitsmarkt und in der globalen Wissensgesellschaft große Chancen. Die Wirtschaft erhält nach Auffassung von Thomas Goppel junge, gut ausgebildete Bachelor-Absolventen, die sich schnell in die konkreten beruflichen Aufgaben einarbeiten können. Ein vermehrter und erleichterter Austausch von Studierenden verstärke auch die europäische Integration. Zudem wachse die Attraktivität deutscher Hochschulen für ausländische Studenten. „Die Umstellung auf gestufte Studiengänge trägt auch dazu bei, die hochschulpolitischen Ziele einer Verkürzung der Studienzeiten und Verringerung der Abbrecherquote schneller zu erreichen“, betonte Goppel.

Engagiert verteidigte der Wissenschaftsminister die flächendeckende Einführung von Studienbeiträgen: „Wir müssen uns daran gewöhnen, dass Bildung einen Wert hat und deswegen Geld kostet.“ Dafür stünden die Universitäten nun aber auch zum ersten Mal unter einem Rechtfertigungsdruck gegenüber ihren Studenten. „Die Hochschulen müssen veröffentlichen, wie sie ihre Mittel verwenden. So entsteht echter Wettbewerb“, ist sich Goppel sicher. Auch müsse man keine Angst vor einer Vereinheitlichung der Hochschulangebote haben: „Die neuen Abschlüsse bedeu-

ten nicht, dass an allen Universitäten das Gleiche auf die gleiche Weise studiert werden muss.“

### **Schulte-Noelle: Es gibt keine Alternativen zur Anpassung der Studienstrukturen**

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Allianz SE, Dr. Henning Schulte-Noelle, selbst korporiert im Tübinger Corps Borussia, unterstrich aus der Sicht der deutschen Wirtschaft die Notwendigkeit, das deutsche Hochschulwesen an die internationalen Standards anzupassen: „Ich sehe dazu keine Alternative.“ Schulte-Noelle zufolge hat noch niemand den Beweis erbracht, dass mit den bisherigen deutschen Studienstrukturen bessere Ergebnisse erzielt werden. Das Studium dauere vielfach zu lange, was durch eine stärkere Strukturierung der Studiengänge geändert werden soll. Das Humboldtische Bildungsideal, so vorbildlich und erfolgreich es über lange Zeit gewirkt habe, könne heute nicht mehr die wesentliche Grundlage für unser Bildungssystem sein. Die Akzeptanz der Bachelor-Abschlüsse müsse als Prozess gesehen werden, meint der Spitzen-Manager: „Er wird sich einspielen, auch wenn das zurzeit noch etwas holprig geschieht“.

Wichtig sei, dass die Studierenden lernen, Themen strukturiert anzugehen und Erkenntnisquellen richtig zu nutzen, betonte der Allianz-Aufsichtsratschef. Das Studium sollte dem eigenen Stärken- und Schwächenprofil entsprechen. Wer heute bei der Suche nach einem Arbeitsplatz erfolgreich sein wolle, müsse die relevanten Angebote wahrnehmen. Zu einer erfolgreichen Karriere in der Wirtschaft gehörten Leistungsbereitschaft und –fähigkeit, Glück und die Gabe, „sich im richtigen Augenblick auch richtig zu verkaufen“. Schulte-Noelle brachte dies auf die einfache Formel: „Etwas sein, etwas Schein, etwas Schwein.“ Entscheidend sei ein gesundes Selbstbewusstsein und Vertrauen auf die eigenen Stärken.

Wichtige Kriterien bei der Job-Suche seien auch Auslandsaufenthalte und der Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen. Neben dem schon obligatorischen Englisch empfahl Schulte-Noelle eine weitere europäische und eine außereuropäische Sprache. „Die Karrierewege in der Wirtschaft werden infolge der Globalisierung immer mehr internationalisiert“, begründete er seinen Rat. Der Vorstand der Allianz bestehe schon heute zur Hälfte aus Deutschen und zur Hälfte aus ausländischen Managern.

Im Blick auf den Finanzbedarf der deutschen Hochschulen sieht Henning Schulte-Noelle die Erhebung von Studienbeiträgen als einen richtigen Schritt. Seine Meinung: „Wir sollten jetzt erst ein paar Jahre Erfahrungen sammeln und vor allem darauf achten, dass die zusätzlichen Gelder für die Verbesserung der



**Kompetente Gesprächspartner (von oben): Kultusminister Siegfried Schneider, Allianz-Aufsichtsratsvorsitzender Henning Schulte-Noelle, Landtagspräsident Alois Glück**

Studentenbedingungen eingesetzt werden und nicht etwa den allgemeinen Haushalt der Länder entlasten.“ Im Erfolgsfall müsse das System weiter entwickelt werden. Gleichzeitig forderte der Allianz-Aufsichtsratsvorsitzende vor dem Hintergrund des momentan erkennbaren konjunkturellen Aufschwungs und steigender Steuereinnahmen stärkere finanzielle Anstrengungen des Staates für die Hochschulen.

Kritisch äußerte sich Schulte-Noelle zu manchen privaten Hochschulen in Deutschland. Ihre Gründung sei zum Teil zu sehr von „lokaler Kirchturmspolitik“ bestimmt und nicht immer am Markt orientiert. In einem europäischen Ranking sei keine deutsche Business School unter den ersten Zwanzig platziert. Deshalb habe sich die Allianz an der Gründung der "European School of Management and Technology" (ESMT) in Berlin beteiligt: "Wir wollten an einem neutralen Standort eine Business School von internationalem Rang ins Leben rufen."

### **Herrmann: Einführung von Studienbeiträgen in Bayern problemlos angelaufen**

In einem Gespräch mit dem CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, wurden die Fragen zur Einführung von Studienbeiträgen in Bayern weiter vertieft. An der Begegnung im Bayernzimmer des Maximilianeums nahmen auch noch andere den katholischen Studentenverbänden angehörende Landtagsabgeordnete teil. Der Start der Studienbeiträge sei in Bayern problemlos gewesen, war zu hören. Die Verwendung der Gelder liegt überwiegend in der Eigenverantwortung der Hochschulen, die gesetzlich am Ende jeder Periode zur Rechenschaftslegung verpflichtet sind. „Die jetzt zahlen, sollen auch noch in den Genuss der Früchte kommen“, versprach Herrmann. Qualität gehe vor Quantität.

Zur sozialen Absicherung gibt es seitens des Freistaates ein Angebot für günstige Darlehen, rückzahlbar nach erfolgreichem Berufseinstieg. Neben bestimmten Freistellungstatbeständen und Stipendien aus der Begabtenförderung gibt es auch die Möglichkeit, Studienbeiträge bei karitativen Einrichtungen abuarbeiten. Zwischen den Hochschulen und den Wohlfahrtsverbänden wurden entsprechende Vereinbarungen getroffen. Herrmann stellte allerdings fest, dass das Kreditangebot bisher in geringerem Maße als erwartet beansprucht wurde.

Um die Frage, wie Schüler am besten auf das Studium vorbereitet werden, ging es im Gespräch der AGV mit dem bayerischen Unterrichts- und Kultusminister Siegfried Schneider (CV). Schneider, selbst lange Jahre im Schuldienst als Volksschullehrer, betonte den besonderen Wert der Allgemeinbildung. Daher seien Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache Pflichtfächer im bayerischen Abitur. Durch zwei Seminare in der Oberstufe würden zudem die bayerischen Gymnasiasten gezielt auf das wissenschaftliche Arbeiten vorbereitet und die methodischen und sozialen Kompetenzen gezielt gefördert. „Jeder muss eine Facharbeit schreiben und sie dann im Plenum präsentieren und verteidigen“, betonte Schneider. Außerdem müsse wieder verstärkt darauf Wert gelegt werden, dass die Schüler Rechtschreibung und Grammatik beherrschten. Deswegen würden Kinder ausländischer Herkunft bereits im Kindergarten und in der Grundschule besonders sprachlich gefördert.

### **Schneider: Plädoyer für das dreigliedrige Schulsystem**

Scharf wies Siegfried Schneider die Kritik des UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Bildung, Vernor Muñoz, zurück, dass in Deutschland der Bildungsgrad der Kinder immer noch zu stark von deren sozialer Herkunft abhängt. In Bayern sehe die Situation vollkommen anders aus. Das dreigliedrige Schulsystem garantiere, dass jeder Schüler seiner Begabung entsprechend gefördert werde. Dabei müsse klar sein: „Das christliche Menschenbild fordert, dass wir uns für Chancengerechtigkeit einsetzen. Aber wir stärken die Schwachen nicht dadurch, dass wir die Starken schwächen. Bildungserfolg bedeutet nicht, dass alle Kinder das Gymnasium besuchen, sondern dass jedes Kind notwendige Kompetenzen erwirbt.“ Als besonders erfolgreich habe sich hier die bayerische Hauptschule erwiesen mit dem konsequenten Ausbau der Ganztagsangebote und einer starken Orientierung an der Berufswelt: „Unser Ziel ist: Keiner verlässt die Schule ohne Abschluss. Deswegen müssen die Schüler noch mehr gefördert werden.“ Der Minister hob hervor, dass die Schulen bei ihrem Nachmittagsangebot stark



In einem Gespräch mit dem CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag Joachim Herrmann (Mitte) wurden vor allem Fragen zur Einführung von Studiengebühren in Bayern weiter vertieft. Rechts: AGV-Vorsitzender Andreas Kraus (CV); links: stv. AGV-Vorsitzender Matthias Belafi (KV).

mit örtlichen Vereinen kooperierten, schließlich dürfe man diesen nicht den Nachwuchs nehmen.

„Das gegliederte Schulsystem bietet sehr gute Voraussetzungen, um Kinder und Jugendliche entsprechend ihrer Talente und Interessen optimal zu fördern“, erklärte Schneider. Das bayerische Schulsystem weise eine hohe Durchlässigkeit auf. Auf dem Weg über Berufsoberschule und Fachoberschule können leistungsfähige und –willige Haupt- und Realschüler auch bis zum Hochschulstudium gelangen. „Bildungserfolg allein mit Gymnasium und Abitur gleichzusetzen, ist mit Sicherheit der falsche Ansatz“, so der Kultusminister.

Als beispielhaft hob Schneider die Einrichtung eines Lehrstuhls an der Universität Nürnberg-Erlangen hervor, an dem islamische Religionslehrer ausgebildet werden. „So stellen wir sicher, dass die Kinder von wissenschaftlich ausgebildeten Religionslehrern und nicht von Predigern in Koranschulen unterrichtet werden“, erklärte der Minister. Nur ein an den Schulen erteilter Islamunterricht verhindere, dass die Koranschulen noch



Horst Teltschik (2.v.r.) diskutiert mit den Seminarteilnehmern über internationale Fragen.

mehr Zulauf erführen.

Im Rahmen des AGV-Seminars setzten sich die Teilnehmer nicht nur mit bildungspolitischen Themen auseinander, auch aktuelle Fragen der Familien- und Außenpolitik standen auf der Agenda. Ministerpräsident Stoiber betonte, dass Eltern die Wahlfreiheit haben müssten, ob sie ihre Kinder in die Krippe geben oder lieber selbst erziehen wollen. „Ich werde mich daher in der Großen Koalition dafür einsetzen, dass die Bezugsdauer des Elterngeldes für Selbsterzieher verlängert wird“, versprach der CSU-Vorsitzende. Der Sockelbetrag des Elterngeldes in Höhe von 300 Euro monatlich solle an Selbsterzieher länger gezahlt werden. Bislang wird das Elterngeld maximal vierzehn Monate gewährt.

### **Stoiber: Bekenntnis zur transatlantischen Partnerschaft**

In seinen Ausführungen zur Außenpolitik legte Stoiber ein nachdrückliches Bekenntnis zur europäischen Einigung und zur transatlantischen Partnerschaft ab. Europa müsse eine Wertegemeinschaft sein: „Wenn Europa ein Global Player sein will, muss es auf einem einheitlichen Wertekanon aufbauen.“ Vor diesem Hintergrund entscheide sich auch, ob die Türkei Mitglied der EU werden könne. Den USA schrieb Stoiber eine bedeutende Rolle bei der Lösung internationaler Konflikte zu. So könne die EU etwa im Nahen Osten nicht federführend agieren, da sie über keine eigene militärische Macht verfüge. Aufgabe der Europäer sei es hier, den Amerikanern hilfreich zur Seite zu stehen.

Um die große Weltpolitik ging es auch in dem Gespräch, dass die AGV mit dem Leiter der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, Prof. Dr. Horst Teltschik, führte. Der langjährige außenpolitische Berater von Bundeskanzler Kohl und Top-Manager bei BMW appellierte an die Studenten, schon während des Studiums internationale Kontakte zu knüpfen:

„Reisen Sie, aber nicht nur als Touristen. Studieren Sie im Ausland. Bleiben Sie intellektuell neugierig. Es gibt viel zu viele Schmalspurleute, seien Sie kreativ. Wenn Sie für eine neue Aufgabe etwas dazu lernen müssen, lernen sie es dazu.“ Die politischen und wirtschaftlichen Eliten müssten international denken, nur dann könne es gelingen, die großen außenpolitischen Herausforderungen zu lösen: „Unser Ziel muss es sein, neue multilaterale Interessenallianzen zu bilden.“ Besonders wichtig sei hierbei, dass die islamische Welt in diese Bemühungen miteinbezogen würde: „Wir brauchen Zusammenarbeit, keine Sanktionen. Die islamischen Staaten müssen mit der westlichen Lebensart konfrontiert werden. Nichts korrumpiert so wie Luxus“, ist sich Teltschik sicher.

In der Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten sieht Teltschik zurzeit das größte Risiko für eine friedliche und freiheitliche Zukunft. „Falls die USA im Irak scheitern sollten, entsteht in dieser Region ein großer islamischer Raum, der unberechenbar geworden ist“, so seine Befürchtung.

Mit gewisser Sorge sieht Horst Teltschik auch die Entwicklung von einer unipolaren zu einer multipolaren Welt. Bisher seien die USA allein die bestimmende Weltmacht gewesen, die überall eingreifen konnte. Nun aber seien Russland, China, Japan, Indien und Brasilien auf dem Weg zu weiteren Polen in diesem Spiel. „Die europäische Geschichte hat gezeigt, dass viele Pole zu zwei Weltkriegen geführt haben“, begründete Teltschik seine Einschätzung.

### **Teltschik: Für Umweltproblematik globale Interessenallianz bilden**

Im Blick auf die aktuelle Diskussion zum Klimawandel betonte der Honorarprofessor an der TU München die Notwendigkeit einer weltweiten Interessenallianz für den Umweltbereich. Ähnlich wie bei der Welthandelsorganisation (WTO) könnte eine globale Behörde gemeinsame Regeln aufstellen und Schiedsrichter sein für solche Fälle, in denen die Regeln verletzt werden, gegebenenfalls auch Sanktionen aussprechen. Eine entscheidende Frage sei: „Sind wir bereit, Ressourcen umzuverteilen, damit andere Länder ihre Umweltprobleme in den Griff bekommen können, und diesen die notwendige Technologie zu finanzieren?“

Zum Abschluss des zweitägigen Seminars trafen die Teilnehmer mit dem Präsidenten des Bayerischen Landtags, Alois Glück, zu einem Gespräch zusammen. Als einer der wichtigsten Vordenker der Partei leitet er auch die CSU-Grundsatzkommission, die im Herbst dieses Jahres ein neues Grundsatzpro-



## **Neuer AGV-Vorstand gewählt**

Die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AGV) hat am 22. April in München einen neuen Vorstand gewählt, der traditionsgemäß von den drei großen Korporationsverbänden CV, KV und UV gestellt wird. Zum Vorsitzenden bestimmte sie Markus Cordemann (CV); stellvertretende Vorsitzende wurden Claus Broekmans (UV) und Bernd Schulte (KV). Sebastian Sasse (UV) nimmt künftig die Aufgabe des Pressereferenten der AGV wahr. Ferner gehören dem erweiterten Vorstand Ferdinand Neuberger (CV) und Daniel Verscharen (RKDB) als Referenten sowie der Ehrenvorsitzende Hermann-Josef Großimlinghaus (UV) und Matthias Belafi (KV) als Vertreter der AGV im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) an. Der Ehrenvorsitzende hat die Leistung des scheidenden Vorstands vor der Mitgliederversammlung besonders gewürdigt: „Andreas Kraus (CV), Matthias Belafi (KV) und Rainer Derichs (UV) haben die AGV in den zurückliegenden Jahren hervorragend vertreten. Dafür gebührt ihnen unser herzlicher Dank.“

gramm der Christlich-Sozialen-Union vorlegen will. „Der heutige Wohlfahrtsstaat ist nicht zukunftsfähig“, begründete Glück die Notwendigkeit für das neue Leitbild der Partei. „Wir brauchen einen tragfähigen Zukunftsentwurf“, der auch neue Herausforderungen wie etwa die demographische Entwicklung, den Strukturwandel in der Arbeitswelt, die Auswirkungen der Globalisierung und die Terrorismusgefahr berücksichtige. Die Vorstellungen der Grundsatzkommission fasste der Landtagspräsident in dem Begriff „Solidarische Leistungsgesellschaft“ zusammen. Bei einer Partei mit dem „C“ im Namen müsse ein solches Programm auf der Grundlage des Menschenbildes der christlich europäischen Wertetradition formuliert werden. Das „C“ sei das Fundament für eine menschengerechte, weltoffene Politik.

### **Glück: Wir brauchen Verantwortungseliten**

„Wir wollen die Leistungsbereitschaft fördern, aber wir wollen nicht einseitig orientierte Leistungseliten, sondern Verantwortungseliten“, erklärte Alois Glück.

Dazu gehöre auch ein neues Verständnis des Sozialstaats, das die Fehlentwicklungen der Vergangenheit korrigiere und nicht mehr nur an die Verteilung von Sozialleistungen und Fürsorge gebunden sei. Als wichtige Eckpunkte nannte Glück Chancen-, Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit. Der Generalschlüssel zur Reform des Gemeinwesens ist Glück zufolge die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Es biete die Grundorientierung als Verantwortungs- und Strukturprinzip für die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bürger und Staat, zwischen Eigenverantwortlichkeit und Solidarität.

Der engagierte Katholik bedankte sich bei der AGV und den katholischen Studentenverbänden für ihre Arbeit: „Es ist gut, dass Sie sich für christliche Positionen öffentlich engagieren. Dies ist Ausdruck des Weltdienstes der Christen.“ Auch die Kirchen müssten verstärkt auf die Förderung von Eliten setzen. „Unsere Argumente müssen überzeugend sein. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir bereit sein, uns die notwendige Kompetenz anzueignen“, forderte Alois Glück.